

Nachrichten für Raunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Benz, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleider, Klinge, Köpke, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Thersa usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Raunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtsgerichtspräsidenten, des Kreisamtes zu Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Ercheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 Spaltenige Zeitzeile 20 Pfg., sonstige 30 Pfg., Kleinanzeigen (Bsp.) 50 Pfg. Tabell. Geh. 50% Aufschlag. Bei unbenutzt gebliebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Strichmer nicht haftbar.

Verantwortlicher: Amt Raunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götting & Co., Raunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 115

Sonnabend, den 22. September 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Stadtverordnetensitzung.

Dienstag, den 25. September 1928, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Wegen Instandsetzung der Orts- und Fernleitung im Leitungsbereich der Energie A. G. wird am Sonntag, den 23. September d. J., von früh 7 bis nachmittags 2 Uhr die Stromlieferung eingestellt.
Raunhof, am 21. September 1928. Der Stadtrat.

Größenwahn.

Raserei in Aufregung. — Französische Unterstützung. — Hindenburgs Reise. — Groß im Zentrum. — Die Schweiz protestiert.

Man kennt jene gewisse Sorte von *Gernegroßen*, die stets und überall der Meinung sind, daß kaum etwas in ihrem Umkreis geschehen könne, was sie nicht mittelbar oder unmittelbar angehe, die sofort den kleinen oder auch den großen Finger hochheben, wenn andere Leute etwas unter sich auszumachen haben, als könne und dürfe davon gar keine Rede sein, es sei denn, daß man mit ihnen oder zum mindesten auch mit ihnen sich zu diesem Zweck ins Benehmen setze. Aufdringliche Wichtigmacher, die von ihrer Überfülligkeit in solchen Fällen unter gar keinen Umständen zu überzeugen sind und nicht eher Ruhe geben, als bis man sie, sei es mit sanfter oder auch mit unsanfter Gewalt, beiseite schiebt.

Und wie im Einzelleben, so auch in der Volksgemeinschaft. Hier ist es der *Polekstaat*, der keine Gelegenheit, da die Großmächte ernste Dinge untereinander zu verhandeln haben, vorübergehen läßt, ohne sich sofort zur Stelle zu melden. Wir sehen es jetzt wieder nach den Genfer Besprechungen über die Rheinabdrückung. Schon während Reichskanzler Müller noch mit Herrn Briand und den Vertretern der anderen, wirklich an der Vereinigung dieser Angelegenheit beteiligten Mächte verhandelt, ließ Herr Jaleski, der Außenminister der Polnischen Republik, aufgeregt von einer Delegation zur anderen, um sein lebhaftes Interesse an diesen diplomatischen Vorgängen an den Tag zu legen. Und kaum war das bekannte Schlußergebnis dieser Konferenzen der Öffentlichkeit übergeben, als der polnische Minister in amtlichen und nichtamtlichen Unterredungen seinen Anspruch auf Mitbeteiligung Polens bei der endgültigen Neuregelung der Grenzverhältnisse im Westen immer wieder anmeldete. Von Paris aus ist das bisher nicht nur nicht zurückgewiesen, sondern zum mindesten in einem Teile der Presse offen unterstützt worden, während Herr Briand seine Zweifel, oder mehr noch: seine vieldeutigen Reden über die Möglichkeit einer raschen Verständigung mit Deutschland unermüdlich fortsetzt.

Noch hat unser Reichspräsident seine Reise durch das schlesische und das oberschlesische Land nicht beendet, da sind auch schon wieder die Polen zur Stelle und erheben Klage und Beschwerde über die Rede, die Reichspräsident von Hindenburg bei dieser Gelegenheit zu Deutschen über deutsches Grenzland gehalten hat. Ihr Rattowiser Holzwode hat sich zwar nicht gehesert, an dem gleichen Tage auf der Jahresversammlung des Ruffändischen Verbandes, dessen Ehrenmitglied und geistlicher Leiter er ist, davon zu sprechen, daß sie, die Ruffländer, den eigentlichen Kern der polnischen Nation in Schlesien bildeten und daß sie einen energischen Kampf gegen die Überreste der Germanisation zu führen hätten. Und ihre neuerliche Verurteilung durch das Haager Schiedsgericht in Sachen der großen Strohstörche in Oberschlesien beantworteten die Warschauer Verteidiger von Recht und Gerechtigkeit mit ganz unmissverständlichem Verstand, Deutschland trotzdem auch jetzt noch um seine nun schon zum dritten Male gerichtlich anerkannten Rechts- und Selbstansprüche so oder so zu bringen. Während zur gleichen Zeit an der Weichsel bei Marienwerder der Abbruch der großen Eisenbahnbrücke, die wir vor dem Kriege mit einem Kostenaufwand von neun Millionen Mark zum wohlverstandenen Verkehrsnetze beider Nachbarvölker ausführen ließen, munter fortgesetzt wird. Die Polnische Republik erweist sich auch hier wieder groß im Zentrum, aber schwach zu aufbauender Kulturarbeit. Unsere Unterhändler, die mittlerweile sich wieder einmal in Warschau um das Zustandekommen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages bemühen, sind um diese Aufgabe gewiß nicht zu beneiden.

Recht ungemütlich gestalten sich allmählich auch die Grenzbeziehungen zwischen der kleinen Schweiz und dem großen, oder wie man in der Schweiz Stadt jetzt lieber zu sagen scheint, dem größeren Italien. Die Herren Faschisten zeigen sich sehr empfindlich, wenn irgendeinem der Jährigen einmal außerhalb der Landesgrenzen ein Haar gekrümmt wird, aber der Respekt vor fremder Staatshoheit ist doch nicht gerade ihre starke Seite. Der schweizerische Bundesrat scheint endlich die Notwendigkeit erkannt zu haben, im Kanton Tessin nach dem Rechten zu leben. Dort haben offenbar italienische Polizeioorgane ein regelrechtes Spionagesystem organisiert, um bald diesen, bald jenen Antifaschisten, dessen sie gern habhaft

Ländertkonferenz in Berlin 2. Oktober

Beratungen über Genf.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.
Gegenüber der Befürchtung, daß durch inoffizielle Verhandlungen in Genf der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, ist zu sagen, daß, wenn überhaupt solche inoffiziellen Besprechungen stattfinden, sie keinen Einfluß auf den Gang der wirklichen Verhandlungen nehmen können. Abgesehen von den Sitzungen des Reichskabinetts werden die Minister- und Staatspräsidenten am 2. Oktober zur Information über die Genfer Verhandlungen zusammenzutreten und am Tage darauf, am 3. Oktober, der Auswärtige Ausschuss des Reichstages.

Auf der Tagesordnung sowohl der Ländertkonferenz am 2. wie des Auswärtigen Ausschusses am 3. Oktober stehen die Genfer Angelegenheiten.

Keine Aussicht zur Abrüstung.

Deutsche Vorschläge in Genf zurückgewiesen.
Die letzten Beratungen der Abrüstungskommission in Genf haben keinen Zweifel mehr daran gelassen, daß ernsthafte Reue, nun endlich an die im Versailler Vertrag versprochene Abrüstung heranzugehen, nicht vorhanden ist. Nach längerer Aussprache wurde von allen Mitgliedern der Kommission gegen die Stimme des deutschen Delegierten ein Entschließungsentwurf angenommen, der sich im wesentlichen an einen französischen Vorschlag anlehnt, jedoch ausdrücklich den Zeitpunkt für den Zutritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission offen läßt. Der Zusammentritt der ersten allgemeinen Ab-

werden möchten, in ihre Gewalt zu bekommen. Man entnimmt sich noch ihres nächtlichen Handreichs gegen einen politischen Flüchtling namens Rossi, den die Schweiz freiwillig nie und nimmer ausgeliefert hätte, der aber nun, von geriebenen Agenten der römischen Polizei überlistet, hinter Schloß und Riegel sitzt und einem sehr bösen Schicksal entgegensteht. Die schweizerischen Behörden versuchen sich durch Ausweisungen, durch Verhaftungen und sonstige Sicherheitsvorkehrungen zu helfen, und der Bundesrat hat ja wohl inzwischen auch die angeforderte Rote durch seinen diplomatischen Vertreter in Rom überreicht.

Herr Mussolini hat allerdings im Augenblick andere Sorgen. Er hat sich durch den Grohrat in seiner alles überragenden Nachstellung nun auch noch sozusagen rechtlich und gesetzlich befähigen und besichtigen lassen, und ohne seinen Willen kann nun wirklich in ganz Italien bald keine Stednadel mehr zu Boden fallen. Das man vielleicht, sogar nicht nur für ihn, sehr schön und sehr gut sein, aber im Verkehr mit anderen Staaten wird er trotzdem etwas weniger Gottähnlichkeit zur Schau tragen müssen, wenn er unliebsame Konflikte vermeiden will. Die kleine Schweiz pflegt sich nicht um Dinge zu kümmern, die sie nichts angehen, aber in ihren eigenen Staatsangelegenheiten versteht sie ganz gewiß keinen Spaß.

Ermäßigte Fernspreckgebühren.

Geringere Sätze für Wertpakete.
Der Reichspostminister hat dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost (eben eine Vorlage auf Ermäßigung der Fernspreckgebühren für Wertpakete) vorgelegt. Hier- nach soll vor allem die Herabsetzung einer Mindestzahl von Ortsgesprächen entfallen. Den Teilnehmern werden künftig nur die wirklich gefährdeten Ortsgespräche in Rechnung gestellt werden.

Ferner werden die einmaligen Apparatbeiträge, die bei Herstellung neuer Haupt- und Nebenanschlüsse zu entrichten sind, erheblich herabgesetzt werden. Schließlich wird die Einrichtung öffentlicher Sprechstellen auf dem flachen Lande wesentlich verbilligt werden. Im Paketverkehr wird die Gebühr für unversiegelte Wertpakete ermäßigt werden. Empfänger, die ihre Pakete regelmäßig von der Post abholen, sollen eine Vergütung gewährt erhalten.

Dr. Luther scheidet von der Reichsbahn.

Veränderungen im Verwaltungsrat.
Mit dem Schluß des laufenden Jahres scheiden nach sahrungsgemäß vorgenommener Auslosung aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft aus drei der von der Reichsregierung ernannten Mitglieder: Professor Dr. Blum, Ministerpräsident a. D. Reichshauptmann Vuck, Generaldirektor Dr. Ott, und drei der von dem Reichsbahner für die Reparationsausgleichsverhandlungen ernannten Mitglieder: Brigadier General Rance, Generaldirektor Margot, Geheimrat Baurat Habich.

Vor der Auslosung hat der Reichskanzler a. D. Dr. Luther, der vor zwei Jahren ernannt und an der Auslosung nicht beteiligt war, erklärt, daß er zu Ende des Jahres sein Mandat als Mitglied des Verwaltungsrates niederlegen werde.

Im Interesse der Stetigkeit der Arbeit des Verwaltungsrats wolle er die Reichsregierung, sofern sie die Wiederernennung der ausscheidenden Mitglieder wünscht, der Notwendigkeit entbehren, eines der auszulosen.

rüstungskonferenz, die nach dem deu... Vorschlag noch im Jahre 1929 tagen sollte, wird überhaupt nicht erwähnt.

Dieser Entschließungsentwurf wurde vom deutschen Vertreter Grafen Bernstorff mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Er erklärte, daß sich Deutschland mit einer derartigen abwartenden Behandlung der Abrüstungsfrage nicht einverstanden erklären könne. Die endgültige Stellungnahme müsse der deutschen Delegation vorbehalten bleiben. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß sie sich dem Grafen Bernstorff anschließt. Da Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen, ist die Absicht hervorgetreten, die beabsichtigte Entschließung in Form eines Wunsches zu formen.

Wirtschaftsfragen.

Die Freitagssitzung der Völkerverversammlung in Genf begann mit der Entgegennahme des von Loucheur-Frankreich erlassenen Berichts über die Tätigkeit der verschiedenen Zweige der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Breitscheid ergriff zu diesem Thema als erster Diskussionsredner das Wort, um die deutsche Stellungnahme zu den einzelnen Problemen darzulegen. Dr. Breitscheid betonte: Wird in systematischer Arbeit die Befreiung der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, eine Rationalisierung entwickeln. Gelingt es, die Weltwirtschaft international zu organisieren, wird man nicht am Materialen haften bleiben — dem Austausch der Sachgüter folgt unmittelbar der der Ideen Güter und damit die geistige Annäherung, eine gegenseitige Verständigung —, so kann der Völkerbund die feste Grundlage schaffen für internationale Verständigung und für den Frieden. Schließlich wurde die von Loucheur vorgeschlagene Entschließung über die weitere Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes genehmigt.

ichon seit Gründung der Reichsbahngesellschaft tätigen Mitglieder durch eine von der preussischen Regierung benannte Persönlichkeit zu ersetzen.

„3. 127“ grüßt den deutschen Rhein.

Abgeworfene Briefe eines Fahrteilnehmers.
„Graf Zeppelin“ flog Donnerstag zu seiner zweiten Fahrt, die zugleich seine erste Fernfahrt war, auf. Der Start erfolgte, nachdem das Luftschiff ohne Schwierigkeiten aus der Halle gebracht worden war. In Bord des Schiffes befanden sich 39 Mann Besatzung und 31 Passagiere.

Die Fahrt ging von Friedrichshafen über Jülich, Pafel, Freiburg i. B., Offenburg, Baden-Baden, Karlsruhe, Frankfurt a. M., wo die Rückfahrt begonnen wurde, nach Darmstadt, Mannheim, Stuttgart wieder zum Bodensee.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete glücklich am 17.28 Uhr in Friedrichshafen.

„Zeppelins“ nächste Fahrt.

Wahrscheinlich nach dem Saargebiet.
Die nächste Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, die nicht vor Dienstag kommender Woche stattfinden wird, soll als eine Art von Werkstättenflug nur in die nähere Umgebung der Werk führen und in der Hauptfrage der Erprobung der Funkanlage dienen. Es werden deshalb wahrscheinlich keine Fahrgäste an Bord sein. Wann die nächste größere Fahrt zur Durchführung kommen wird, ist noch nicht bestimmt, dürfte aber, falls die Werkstättenfahrt das gewünschte Ergebnis hat, an einem der darauffolgenden Tage vonstatten gehen.

Dr. Edener hat die Einladung der Saarbrücker Flughafengesellschaft, auf einer seiner Fahrten über Süddeutschland auch Saarbrücken zu besuchen, angenommen, so daß voraussichtlich in den nächsten Tagen „Graf Zeppelin“ über dem Saargebiet erscheinen wird.

Stinnes aus der Haft entlassen.

Gegen Sicherheitsleistung von einer Million Mark.
Hugo Stinnes jun., der wegen des Verdachtes der Beteiligung an den Kriegsanleihegeschäften seit drei Wochen in Untersuchungshaft ist, wurde nach einem mehrwöchigen Haftprüfungsstermin gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark aus der Haft entlassen. Der Haftbefehl bleibt formell bestehen.

Von der Verteidigung wurde hauptsächlich geltend gemacht, daß die Untersuchung zum wesentlichen Teil eine Aufklärung über die dem Angeeschuldigten zur Last gelegten Taten gebracht hätte, so daß die Verdunkelungs-gesfahr nicht mehr bestünde, die als Grund für die Verhaftung angegeben worden ist. Die Kautionssumme wird nur zum Teil in barem Gelde hinterlegt werden. Für den Rest hat die Mutter des Angeeschuldigten die Bürgschaft übernommen.

Beilegung des Tarifstreits in der Gerrenkonfession.
Weimar. Der in dem Tarifstreit der Deutschen Gerren- und Knabenbekleidungsindustrie am Mittwoch erlangene Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.